

Ausschuss für Inneres und Sport

(68. - öffentliche - Sitzung am 22. Oktober 2015)

Beratungsthemen:

1. Nationales Konzept Sport und Sicherheit umsetzen - Fanprojekte besser unterstützen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2707](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung fort. Er verständigte sich darauf, eines der Fanprojekte in Niedersachsen zu besuchen. Weitere Einzelheiten hierzu sollen am Rande des November-Plenums besprochen werden.

2. Zugang zu öffentlichen Einrichtungen gemäß Artikel 24 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung (NV)

Der Ausschuss nahm eine Stellungnahme durch die Landesregierung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. Unterrichtung durch die Landesregierung zu den aktuellen Flüchtlingsaufnahmezahlen

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Erleichterung der Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen

- Niedersächsisches Flüchtlingsunterbringungserleichterungsgesetz - (NFUEG)

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 17/4429](#)

Der Ausschuss erörterte die Grundzüge des Gesetzentwurfs. Er kam überein, in einer zusätzlichen Sitzung am 3. November 2015 die kommunalen Spitzenverbände anzuhören. Den Mitgliedern der - mitberatenden - Ausschüsse für Rechts- und Verfassungsfragen, Wissenschaft und Kultur sowie Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration soll die Teilnahme an diesem Sitzungsteil anheimgestellt werden.

Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Beratung am 3. November 2015 abzuschließen, um - vorbehaltlich des Ergebnisses der Mitberatung - das November-Plenum zu erreichen.

5. Beschleunigung der Asylverfahren durch die CDU-geführte Bundesregierung - Die Landesregierung muss im Bundesrat zustimmen

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4361](#)

(abgesetzt)

6. Die Landesregierung muss alle Forderungen der Kommunen zur Vereinfachung von Abschiebungen erfüllen!

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4362](#)

(abgesetzt)

7. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Cadenberge, Landkreis Cuxhaven**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4110](#)
- b) **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Sibbesse, Landkreis Hildesheim**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4146](#)
- c) **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Gemeinde Lamspringe, Landkreis Hildesheim**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4156](#)
- d) **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung des Fleckens Bruchhausen-Vilsen, Landkreis Diepholz**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4203](#)

Der Ausschuss empfahl dem Landtag einstimmig, die Gesetzentwürfe unter a), b) und d) unverändert und den Gesetzentwurf unter c) in der Fassung der Vorlage 1 des GBD anzunehmen.

Der Ausschuss verständigte sich auf einen mündlichen Bericht. Die Berichterstattung übernahm Abg. Rudolf Götz (CDU).

8. **Entwurf eines Gesetzes über die kommunale Neuordnung der Landkreise Göttingen und Osterode am Harz**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4109](#)

Der Ausschuss hörte die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens zu dem Gesetzentwurf an.

9. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung personalvertretungsrechtlicher Vorschriften**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3759](#)

Der Ausschuss war in seiner 62. Sitzung am 9. September 2015 übereingekommen, eine mündliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen. In seiner heutigen Sitzung hörte er die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens, den Sparkassenverband Niedersachsen sowie den DGB Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt an.

Der Ausschuss verständigte sich darauf, die Anhörung in einer zusätzlichen Sitzung am 3. November 2015 fortzuführen. Hierzu werden der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion, die Arbeitsgemeinschaft der Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen der Städte in Niedersachsen sowie der Deutsche Hochschulverband - Landesverband Niedersachsen eingeladen.

10. a) **Überlegungen und eventuelle Planungen zu Beschlagnahmungen von Wohnraum zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation**
- b) **Den fehlgeschlagenen Versuch der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in einem Hotel in Goslar-Hahnenklee**

(abgesetzt)

11. **Unterrichtung durch die Landesregierung über Erkenntnisse zu den Geschehnissen am 12. September 2015 im Zusammenhang mit der Eskalation einer Demonstration gegen die PKK in Hannover und möglichen weiteren Ausschreitungen**

(abgesetzt)

12. **Vorbereitung einer Informationsreise nach Rumänien und Bulgarien**

(abgesetzt)